

Stellungnahme von Oberbürgermeister Frank Frühauf

Die Stellungnahme der LUB-Kreistagsfraktion in der Nahe-Zeitung vom 22.05.2020 zur ÖPNV-Trägerschaft bezüglich des Stadtverkehrs kann so nicht unkommentiert hingenommen werden. Der ÖPNV ist auch nach meiner Auffassung ein wichtiges Zukunftsthema, das im Hinblick auf die anstehende Verkehrswende einen immer größeren politischen Stellenwert erhält. Dies äußert sich u.a. im Entwurf zum neuen Nahverkehrsgesetz des Landes Rheinland-Pfalz, der vorsieht, dass der ÖPNV eine Pflichtaufgabe für die Landkreise und kreisfreien Städte, nicht jedoch für die großen kreisangehörigen Städte, wird. Dies bedeutet, dass der ÖPNV für die Stadt Idar-Oberstein weiterhin eine freiwillige Aufgabe wäre, für die die Stadt keine Landesmittel erhalten wird. Darüber hinaus muss die Stadt nach Auflagen der ADD in der Haushaltsgenehmigung die freiwilligen Aufgaben auf ein Minimum beschränken. Dort ist auch bereits ausgesagt, dass erhebliche Steigerungen des Zuschussbedarfs im freiwilligen Leistungsbereich nicht geduldet werden.

Weiterhin ist im Entwurf des Nahverkehrsgesetzes eine Neustrukturierung im Bereich der zuständigen Verbünde geplant, die die Schaffung eines nutzerfreundlichen Mobilitätsangebotes aus einer Hand zum Ziel hat. Die bisherige zersplitterte Organisationsstruktur und die organisatorische Trennung von Bus und Bahn sollen aufgegeben werden. Durch die Kündigung der Zweckvereinbarung entstehen zukünftig auch klare Zuständigkeiten im Landkreis, wo die Kreisverwaltung bereits jetzt für den SPNV, die Schülerbeförderung und die zukünftigen Linienbündel BIR Nord und BIR Süd zuständig ist. Hierdurch ergeben sich für die BürgerInnen klare Zuständigkeitsstrukturen und Ansprechpartner, unabhängig davon, in welchem Stadtteil oder welcher Ortsgemeinde man wohnt.

Die unsachlichen Äußerungen der LUB in ihrer Stellungnahme, dass sich die Stadt „einen schlanken Fuß macht“ und „Defizite einseitig auf Kreisebene verlagert“ bedürfen ebenfalls einer Klarstellung: Die Stadt Idar-Oberstein beteiligt sich bereits heute an den Kosten des ÖPNV im Landkreis über die Kreisumlage, finanziert somit die Linienbündel BIR Nord und BIR Süd mit und somit auch Verluste aus Linien, die nicht die Stadt betreffen, wie z.B. die geplante Nationalparklinie 890 vom Bostalsee über den Erbeskopf nach Rhaunen. Die Verluste aus dem Linienbündel Stadtverkehr wären jedoch bei einer Beibehaltung der bisherigen Aufgabenträgerschaft allein durch die Stadt zu tragen, sodass unsere BürgerInnen und Betriebe hier überproportional mit Steuererhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer belastet werden müssten, was vor dem Hintergrund, dass diese gleichfalls BürgerInnen des Landkreises sind, eine Ungleichbehandlung nach sich ziehen würde.

Auch die implizierte Darstellung der LUB, dass im ÖPNV-Konzept Sonderwünsche der Stadt enthalten sind, ist so nicht korrekt. Bei der Erarbeitung des ÖPNV-Konzepts durch das vom RNN beauftragte Büro IGDB waren von Anfang an das Verkehrsministerium, der RNN und die Kreisverwaltung mit im Boot und die Grundlagen für das Konzept der Stadt sind die gleichen gewesen, wie im gesamten Kreis- und auch RNN-Gebiet. Mehr als die Hälfte der Mehrleistung im Stadtverkehr ruht bereits auf der Verlagerung der zukünftigen Linie 801 (Bollenbachtal, Weierbach) in den Stadtverkehr, die bereits in der Vergangenheit und auch noch bis 31.07.2022 in der Aufgabenträgerschaft des Landkreises ist.

Der Artikel der LUB-Kreistagsfraktion spiegelt leider ein teilweise immer noch vorhandenes Kirchturmdenken wider, das im Rahmen des Zusammenwachsens der Nationalparkregion eigentlich überwunden werden sollte. Ich bin mir sicher, dass die bisherige enge Zusammenarbeit von Kreis- und Stadtverwaltung beim Thema ÖPNV weitergeführt wird, dies habe ich auch Landrat Dr. Schneider in meinem Kündigungsschreiben seitens der Stadt so zugesagt. Der Kreistag wird sicherlich auch die Belange der Idar-Obersteiner BürgerInnen angemessen berücksichtigen. Die Umsetzung der ÖPNV-Konzepte in einer gemeinsamen europaweiten Ausschreibung für die drei Bündel Landkreis Nord, Landkreis Süd und Stadtverkehr Idar-Oberstein muss in einem vertretbaren finanziellen Rahmen, der auch von den Finanzierungsmitteln des Landes an den Landkreis abhängt, gemeinsam auf den Weg gebracht werden.

Das Thema Interkommunale Zusammenarbeit wird immer wichtiger, gerade in Zeiten defizitärer Haushalte. Doppelstrukturen in Verwaltungen eines Landkreises mit ca. 80.000 Einwohnern sollten vermieden werden und Themenfelder, wenn möglich, gemeinsam und nicht nebeneinander bearbeitet werden.